

CONFLICTA

Konfliktakademie

#06

SPOTLIGHT

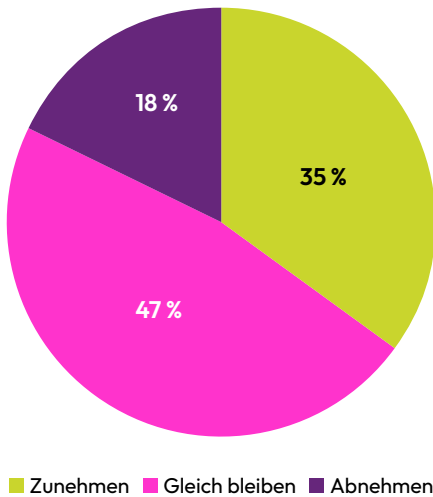
Zwischen Konfliktpessimismus und Engagement

Zweiter Bericht aus dem Konfliktmonitor zur
Konfliktwahrnehmung in der Bevölkerung

Andreas Zick, Dirk Lampe, Anna Christina Nowak,
Jonas Rees und Stephan Skolarski

Die Arbeit der neuen Bundesregierung hat in konfliktreichen Zeiten begonnen: Internationale Spannungen prägen die Zukunft Deutschlands. Die Risiken, die aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und Spannungen in NATO und EU resultieren, sind schwer einzuschätzen. Der Nahostkonflikt sowie eine aktive ideologische Einflussnahme autoritärer Regime in politische Prozesse in Europa und Deutschland befördern polarisierende Debatten. Heftige Auseinandersetzungen gibt es auch in Fragen der Migrationspolitik, bei denen über Kosten und Nutzen von Grenzkontrollen und letztendlich über die Zukunft des Asylrechts als solchem gestritten wird. Gleichzeitig steht die Regierung mit Blick auf begrenzte Ressourcen, fortschreitenden Klimawandel, wirtschaftliche Stagnation sowie durch wachsendes Misstrauen in demokratische Institutionen unter Druck. Es deutet sich an, dass eher mit einer Zunahme von Konflikten und Unsicherheiten als mit deren Abnahme zu rechnen ist. Dies zeigt sich auch in den Daten des Konfliktmonitors der ConflictA.¹ So gaben 35 Prozent der Befragten² an, dass gesellschaftliche Konflikte unter der neuen Bundesregierung zunehmen werden, während 47 Prozent meinen, die Konfliktlage bleibe gleich. Nur 18 Prozent erwarten einen Rückgang gesellschaftlicher Konflikte (Abbildung 1).

Abb. 1:
Werden die gesellschaftlichen Konflikte unter der nächsten Regierung zu- oder abnehmen?



Wie nimmt die Bevölkerung Konflikte im Detail wahr? Wie beurteilt sie die Entwicklungen? Welche Lösungen sieht sie?

Mit dem Konfliktmonitor wird systematisch die Konfliktwahrnehmung in der Bevölkerung erfasst. Er berichtet kontinuierlich über die Wahrnehmung von Konflikten und

ihren Folgen in der Bevölkerung. Dazu wurden im Dezember 2024 erstmalig 2.900 Personen befragt. In einem ersten Spotlight standen Fragen im Vordergrund, welche Konflikte Bürger*innen wichtig finden und welche Ursachen sie für die Entstehung dieser Konflikte als relevant erachten. Das vorliegende Spotlight wirft daran anschließend ein Schlaglicht darauf, welche Konflikt dynamiken und -lösungen die Befragten sehen und fragt danach, welche Rolle Engagement und Ehrenamt, die eine zentrale Säule demokratischer Konfliktresilienz darstellen, bei der Konfliktwahrnehmung spielen.

¹ Für weitere Informationen zum Konfliktmonitor siehe Box 1 am Ende des Spotlights sowie unsere erste Veröffentlichung aus dem Konfliktmonitor (Zick et al. 2025).

² Zur Methodik siehe Box 2 am Ende des Spotlights.

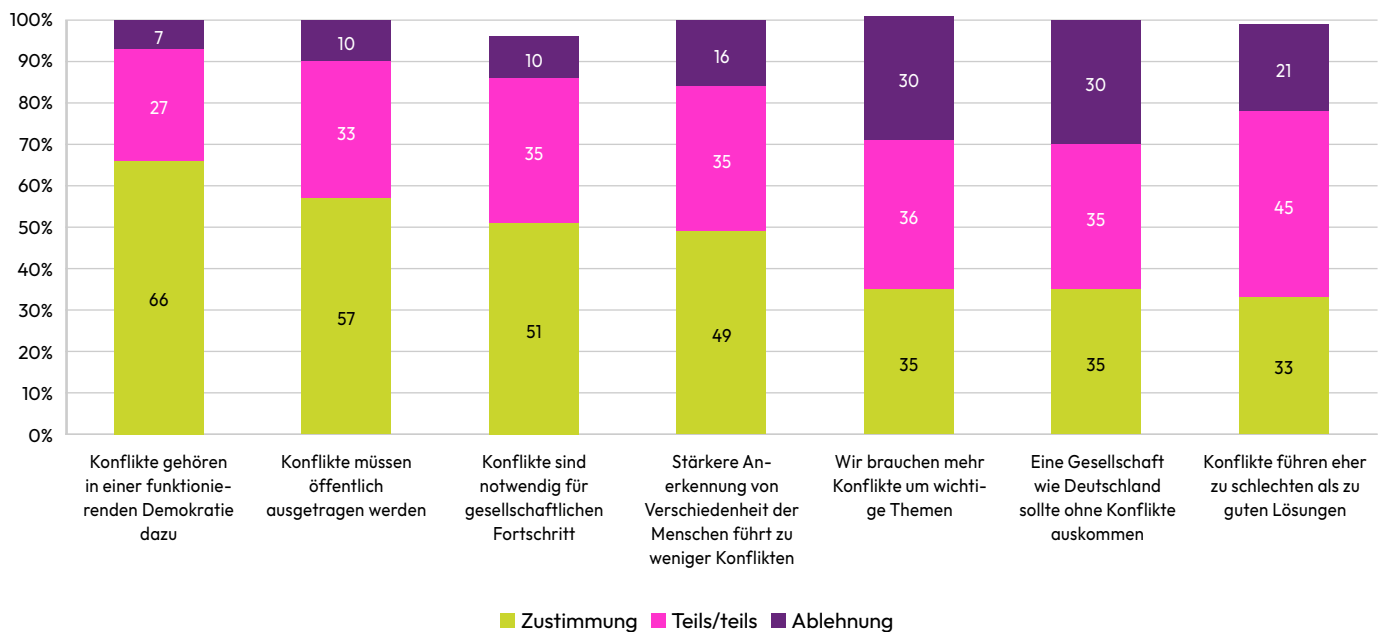
Demokratien sind Konfliktgebilde. Sie zielen darauf, Konflikte und widerstreitende Interessen durch regelgeleitete Prozesse konstruktiv auszuhandeln, auch wenn dabei die Interessen von Einzelnen oder Gruppen nicht immer (vollständig) durchgesetzt werden können. Die bloße Existenz sozialer Konflikte ist aus dieser Perspektive heraus kein Anlass zur Besorgnis, sondern Grundlage und Teil demokratischer Strukturen und einer demokratischen Konfliktorientierung.

Dieses demokratische Konfliktmodell wird von der Mehrheit der Befragten geteilt (s. Abbildung 2).³

Die Mehrheit verfolgt ein demokratisches Konfliktmodell, ist aber unzufrieden mit der praktischen Umsetzung.

Allgemeine Aussagen wie „Konflikte gehören in einer funktionierenden Demokratie dazu“ (66 %),⁴ „Konflikte müssen öffentlich ausgetragen werden“ (57 %) und „Konflikte sind notwendig für gesellschaftlichen Fortschritt“ (51 %) werden jeweils von über der Hälfte der Befragten unterstützt. Nur ein Drittel der Befragten wünscht sich ein Deutschland ohne Konflikte (35 %) oder stimmt der Aussage zu, dass „Konflikte eher zu schlechten als zu guten Lösungen“ führen (33 %). Mehr Konflikte um wichtige gesellschaftliche Themen wünschen sich allerdings nur 35 Prozent der Befragten.

Abb. 2: Allgemeine Konfliktorientierungen



³ Die Daten der Abbildungen 2 und 3 sind aus den Fragen „Es gibt unterschiedliche Meinungen zu gesellschaftlichen Konflikten. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“ und „Ganz allgemein betrachtet, wie werden Ihrer Meinung nach die meisten Konflikte in Deutschland gelöst?“ zusammengefasst.

⁴ In den Darstellungen ist jeweils der gerundete Anteil der Befragten abgebildet, die auf die entsprechenden Items mit Zustimmung („stimme voll und ganz“ oder „stimme eher zu“), „teils/teils“ oder Ablehnung („Stimme eher nicht zu“ und „Stimme überhaupt nicht zu“) geantwortet haben. Der besseren Lesbarkeit halber wurden auch in den anderen Darstellungen dieser Veröffentlichungen die ursprünglichen 5er-Skalen auf drei Ausprägungen reduziert.

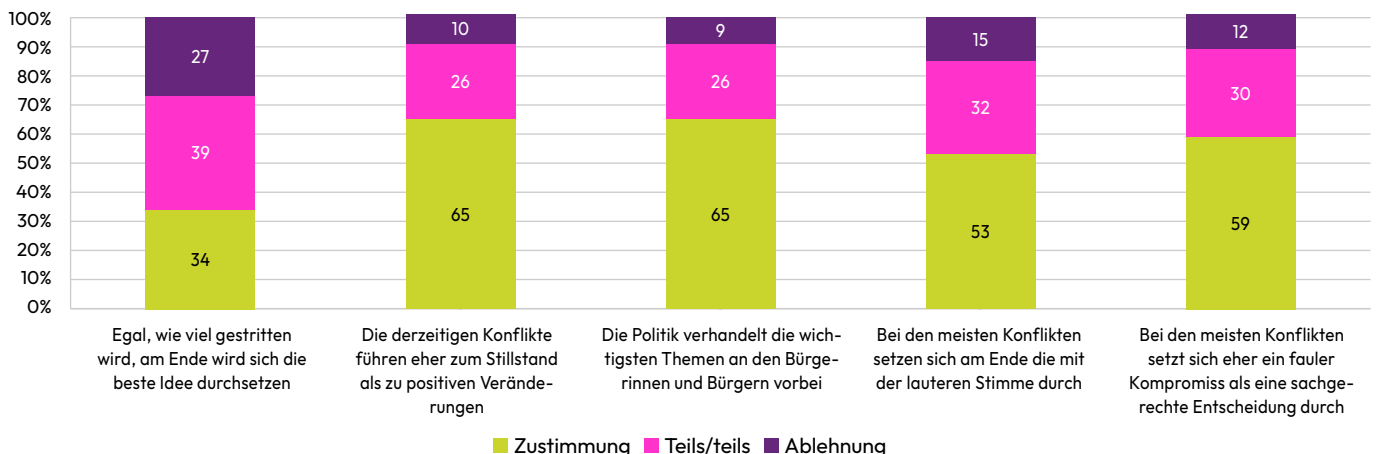
Dies verweist bereits auf eine gewisse Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Konflikte in Deutschland gelöst werden, also der Konfliktbearbeitung (Abbildung 3). So meint etwa ein Drittel der Befragten (34 %), in gesellschaftlichen Konflikten werde sich am Ende die beste Idee durchsetzen, zugleich meinen aber auch zwei Drittel (je 65 %), derzeit sei ein politischer Stillstand festzustellen und die wichtigsten Konfliktthemen werden an den Bürger*innen vorbei verhandelt. Jeweils über die Hälfte der Befragten beklagt zudem, dass laute Stimmen die politischen Debatten dominieren (53 %) und sich zumeist nur faule Kompromisse statt sachgerechter Lösungen durchsetzen (59 %). Insgesamt nehmen die Befragten Konflikte mehrheitlich als notwendigen und im Kern sinnvollen Teil demokratischer Prozesse wahr, aber haben gleichzeitig erhebliche Zweifel daran, dass die Konfliktbearbeitung derzeit noch produktiv und im Sinne der Bevölkerung verläuft.

Staat und Politik gelten als wichtigste Akteure der Konfliktbearbeitung.

Die Befragten verorten die Verantwortung für die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte v. a. beim Staat und

seinen Institutionen: Regierung sowie Politik und Parteien (jeweils 81 %) werden als Hauptverantwortliche benannt, aber auch Behörden und Ämter (57 %). Gerichte (55 %) sowie internationale suprastaatliche Institutionen wie EU und UN (58 %) werden mehrheitlich genannt. Knapp dahinter folgen Wirtschaft (55 %), Medien (53 %), Expert*innen (52 %) sowie Schulen und Bildungseinrichtungen (52 %). Politische Interessenvertretungen wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände (40 %) oder die Zivilgesellschaft (41 %) werden im Vergleich dazu als weniger verantwortlich für die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte erachtet.

Abb. 3: Annahmen zum Zustand der Konfliktbearbeitung



⁵ Die Prozentzahlen bilden den Anteil der Befragten ab, die die jeweiligen Antwortoptionen als „sehr verantwortlich“ oder „eher verantwortlich“ für die Bearbeitung sozialer Konflikte ansehen.

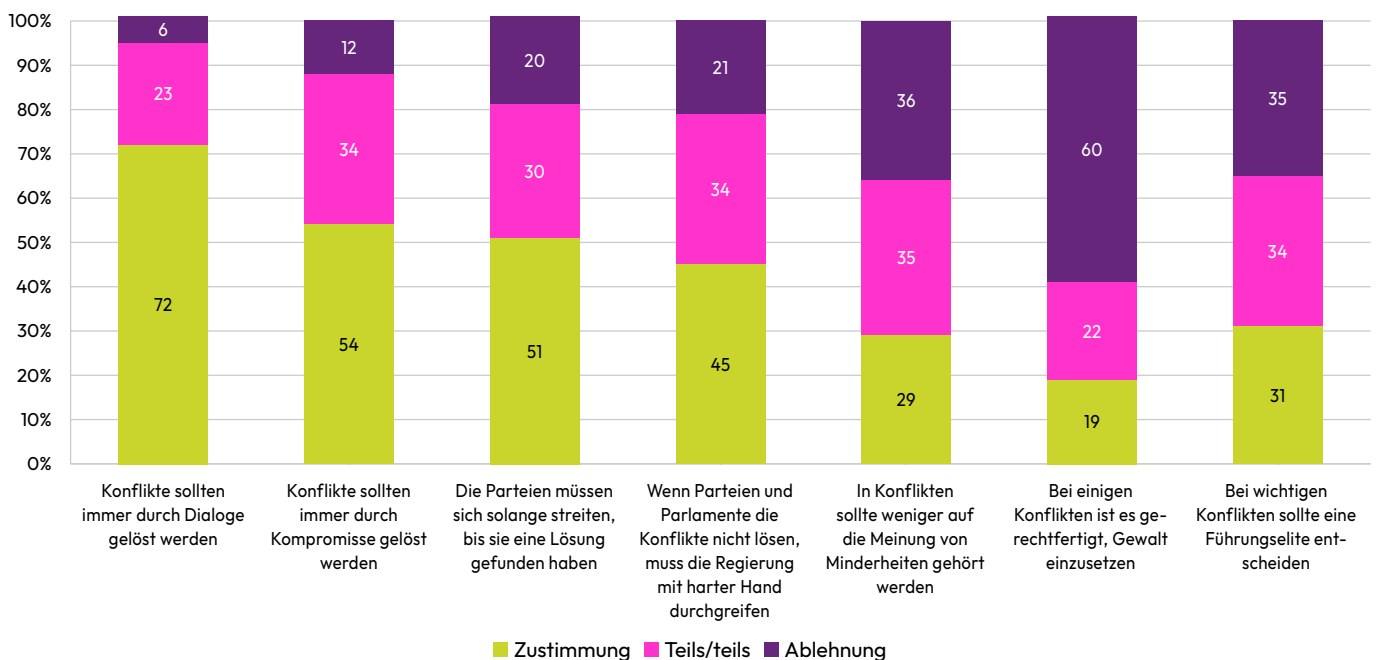
Schlusslicht bilden die Kirchen und Religionsgemeinschaften mit 32 Prozent. Gleichzeitig wird dem Individuum bzw. jedem Einzelnen mit rund 60 Prozent – immerhin der dritthöchste Wert – eine hohe Verantwortung zugesprochen.

Die meisten Bürger*innen sind kompromissorientiert, aber ein Drittel befürwortet autoritäre Konfliktlösungen und ein Fünftel kann sich Gewalt als Mittel der Konfliktlösung vorstellen.

Die Befragten bevorzugten mehrheitlich Ansätze einer dialogischen und kompromissorientierten Konfliktlösung (s. Abbildung 4).⁶ Insgesamt 72 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Konflikte immer durch Dialoge gelöst werden

sollten. 54 Prozent sind der Ansicht, dass immer Kompromisse erzielt werden sollten. Im Zweifel – so finden 51 Prozent – müssten sich die Parteien so lange streiten, bis eine Lösung gefunden wird. Demgegenüber stehen eher autoritäre Lösungsideen, welche zwar weniger, aber immer noch beachtliche Unterstützung erfahren. 45 Prozent der Befragten finden, die Regierung muss im Zweifel mit harter Hand durchgreifen, wenn sich Parteien und Parlamente nicht einigen könnten und 29 Prozent halten es für sinnvoll, bei der Lösung von Konflikten weniger Rücksicht gegenüber Minderheiten zu nehmen. Rund ein Drittel der Befragten (31 %) befürwortet Entscheidungen durch Führungseliten bei wichtigen Konflikten, und immerhin fast ein Fünftel (19 %) sieht den Einsatz von Gewalt zumindest in manchen Fällen als gerechtfertigt an.

Abb. 4: Dialogische und autoritäre Ansätze der Konfliktlösung



⁶ Die Fragestellung im Fragebogen lautete „Es gibt sehr verschiedene Arten und Weisen mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Konflikten umzugehen. Wie sehr stimmen Sie den folgenden allgemeinen Aussagen zu Grundregeln der Konfliktverhandlung zu?“.

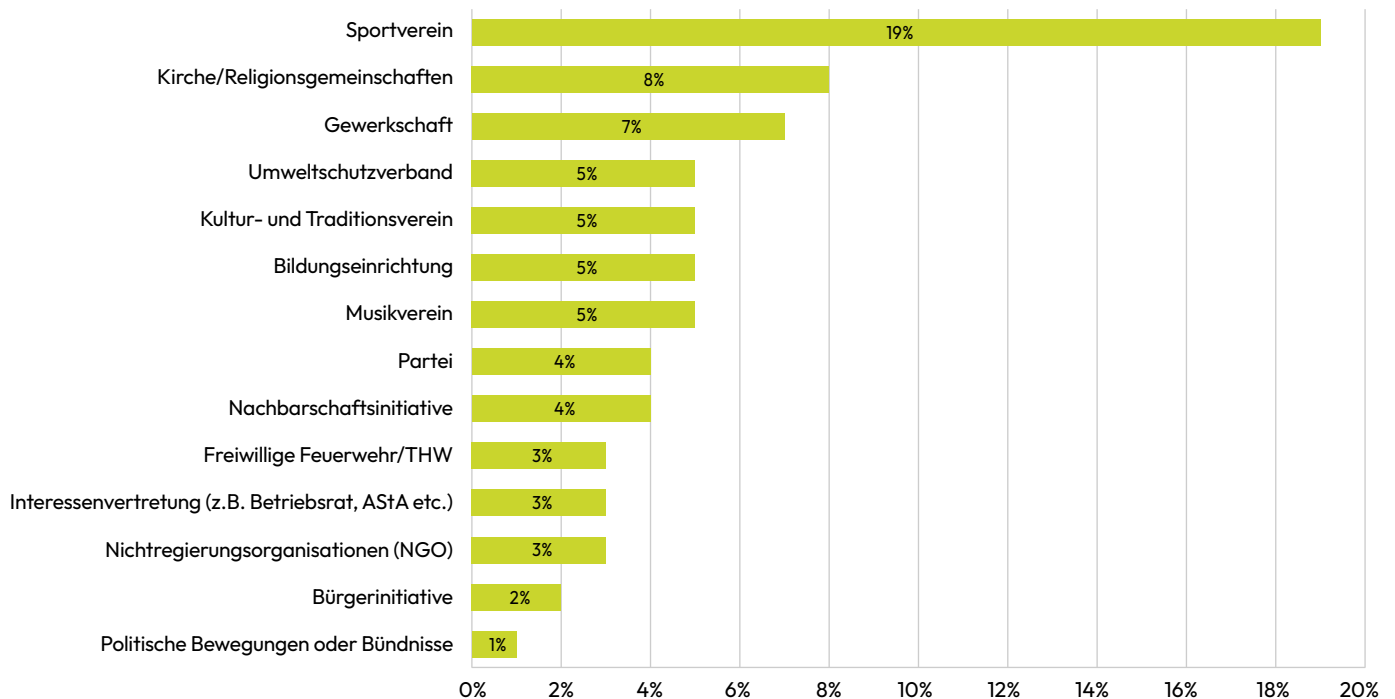
Weiterhin abgefragt wurde die Zustimmung zu Aussagen zur Konfliktbearbeitung über das Rechtssystem und Gerichte (40 % Zustimmung), expert*innenbasierte Entscheidungsfindungen (40 % Zustimmung) und die Relevanz verbindlicher Kultur- und Wertvorstellungen (56 % Zustimmung).⁷

Enger Zusammenhang von Engagement und Ehrenamt mit Bindung an die Gesellschaft und Demokratieorientierung

Es stellt sich die Frage, wie angesichts dieser Konfliktwahrnehmungen demokratische Prozesse und Strukturen langfristig aufrechterhalten werden können. Dies ist auch

angesichts der Tatsache relevant, dass für viele Befragte ein direktes (partei-)politisches Engagement eher unattraktiv ist: Lediglich 13 Prozent stimmen der Aussage zu „Ich würde mich gerne politisch mehr engagieren“. Demgegenüber stehen 32 Prozent, die mit „teils/teils“ sowie 45 Prozent, die ablehnend antworten. Im Konfliktmonitor wurde daher auch genauer das tatsächliche Engagement der Befragten erhoben. Insgesamt geben rund 44 Prozent an, dass sie sich in der einen oder anderen Form engagieren. Spitzenplätze nehmen dabei das Engagement im Sportverein (19 %), in Kirchen und Religionsgemeinschaften (8 %) und in Gewerkschaften (7 %) ein. Die vollständige Liste kann der obenstehenden Grafik entnommen werden (Abbildung 5).⁸

Abb. 5: Engagieren Sie sich in einem der folgenden Verbände, Vereine oder Institutionen als Mitglied?



⁷ Ob Befragte bei der Beantwortung dieser Frage eher an Vorstellungen einer "Leitkultur", an die Achtung der Menschenrechte als Grundlage für Konfliktlösungen oder gänzlich andere Wert- und Kulturvorstellungen dachten, lässt das Item bewusst offen.

⁸ Mehrfachnennungen waren möglich.

Für die weitere Auswertung wurden politisch-zivilgesellschaftliche Engagementformen genauer betrachtet und zusammengefasst. Dabei handelt es sich um das Engagement in Gewerkschaften, im Umweltschutz, in Parteien, Nachbarschaftsinitiativen, Interessenvertretungen, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen und politischen Bewegungen. Rund 20 Prozent der Befragten sind in diesen Bereichen engagiert. Diese Gruppe wird mit den Engagierten in Sportvereinen als der am häufigsten genannten, nicht explizit politisch-zivilgesellschaftlichen Engagementform und der Gruppe der „Nicht-Engagierten“ hinsichtlich zentraler Einstellungen zu demokratischen Prozessen und Konfliktwahrnehmungen verglichen. Insgesamt zeigt sich in den

Daten des Konfliktmonitors dabei ein statistisch kleiner bis moderater aber überzufälliger Unterschied zwischen Engagierten und Nicht-Engagierten mit Blick auf ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen, ihre wahrgenommene politische Repräsentation und Unterstützung einer offenen Gesellschaft. Dieser Zusammenhang scheint dabei der Tendenz nach unabhängig davon zu existieren, ob sich Personen im Sportverein oder im Rahmen politisch-zivilgesellschaftlicher Aktivitäten engagieren, auch wenn bei letztgenannten eine stärkere Zustimmung zu demokratiebezogenen Werten und Praktiken zu beobachten ist (exemplarisch: Abbildung 6 und 7).^{9,10}

Auch wenn Engagierte eine größere inhaltliche Zustimmung zur demokratischen Repräsentation und zum Vertrauen in Institutionen aufweisen, so teilen sie mit der Gruppe der Nicht-Engagierten die Skepsis bezüglich der Entwicklung der Demokratie in Deutschland. Eine Gefährdung der Demokratie sehen 48 Prozent der politisch-zivilgesellschaftlich, 46 Prozent der sportlich und 53 Prozent der nicht-engagierten Befragten.¹¹

Abb. 6: Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen

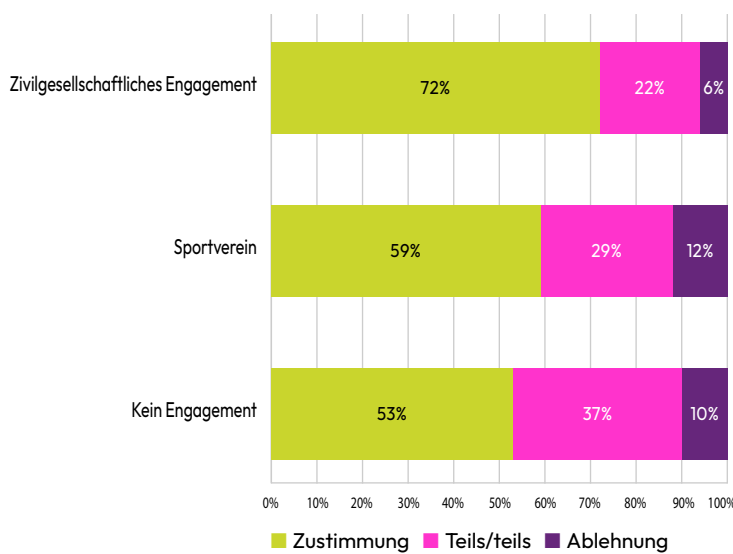
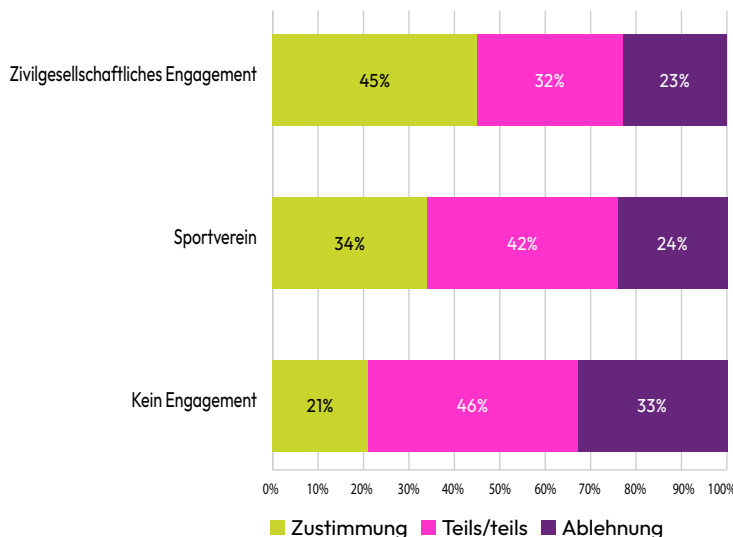


Abb. 7: Durch die Lokalpolitik vor Ort sind meine Interessen gut vertreten



⁹ Vertiefende Darstellungen und Grafiken zu diesem Themenfeld können dem in Bälde erscheinenden Datenreport zu ersten Welle des Konfliktmonitors entnommen werden.

¹⁰ Zu Abbildung 6: Die Unterschiede zwischen Befragten mit zivilgesellschaftlichen Engagement und Befragten ohne Engagement sind mit einer Effektstärke von Cohen's D = 0,36 auf dem Niveau von $p < 0,001$ signifikant. Die Unterschiede zwischen Engagierten in Sportvereinen und Befragten ohne Engagement sind mit einer Effektstärke von Cohen's D = 0,31 auf dem Niveau von $p < 0,001$ signifikant.

¹¹ Zwischen politisch-zivilgesellschaftlichen und Nicht-Engagierten bestehen keine signifikanten Unterschiede. Engagierte in Sportvereinen sind gerade noch signifikant skeptischer ($p < 0,05$), allerdings bei einer sehr kleinen Effektstärke (Cohen's d = 0,1).

Bezüglich der Frage, ob die Politik die wichtigsten Themen an den Bürger*innen vorbei behandelt, stimmen 66 Prozent der politisch-zivilgesellschaftlich engagierten und 67 Prozent der nicht-engagierten Befragten dieser Aussage zu, während die Zustimmung unter Engagierten im Sportverein bei 58 Prozent liegt.¹²

Demokratie braucht Konfliktfähigkeit, die andere nicht beschädigt.

Der Konfliktmonitor zeigt: Die Mehrheit der Befragten bevorzugt die liberale Konsensdemokratie. Allerdings bezweifelt sie auch die Kompetenzen von Politik und Institutionen die damit verbunden Konflikte lösen zu können. Der Konfliktmonitor weist auf ein geringes Ausmaß an Geduld mit der Politik hin, wenn es um Konflikte geht und auch eine schwächelnde Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen oder in politische Prozesse einzubringen.¹³ Der Staat wird einerseits als zentrale Instanz der Konfliktlösung angesehen, andererseits sind die Menschen unzufrieden mit der Konfliktbearbeitung durch staatliche Institutionen und Akteure. Autoritäre und weniger auf den Interessenausgleich oder die Bedarfe und Bedürfnisse von Minderheiten ausgerichtete Lösungen werden von einem bedeutsamen Anteil der Befragten unterstützt.¹⁴

Engagement und Ehrenamt können Wege zur Stärkung von Demokratievertrauen und politischer Selbstwirksamkeit bieten. Zivilgesellschaftlich-politisch und/oder in Vereinen engagierte Menschen stimmen stärker demokratischen Werten und dialog- und kompromissorientierten Modi der Konfliktbearbeitung zu. Eine Stärkung der von vielen gewünschten Beteiligung, Partizipation, Mitbestimmung und Stärkung des Engagements ist notwendig wie möglich, um Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können.¹⁵ Das Potenzial dazu ist vorhanden, wie der von vielen Befragten geäußerte Wunsch nach mehr Beteiligung an Konfliktlösungen zeigt. Dies stellt Politik zugleich vor eine große Herausforderung. Einerseits soll sie angesichts wahrgenommener Krisenkonstellationen schnell „liefern“, andererseits aber auch dem Wunsch nach Berücksichtigung und Beteiligung gerecht werden. Insgesamt sehen Bürger*innen in den gegenwärtigen Konflikten eher Belastungen als Chancen. Aktuelle gesellschaftliche Konflikte werden – trotz einer prinzipiellen Akzeptanz von Konflikten als Teil demokratischer Prozesse – kaum als Chancen wahrgenommen. Das wirkt sich umso negativer aus, wenn sich langfristig autoritäre Regierungsmodelle durchsetzen, weil sie die für die Demokratie so notwendige Konfliktfähigkeit fürchten und schwächen.

Engagement und Ehrenamt können Wege zur Stärkung von Demokratievertrauen und politischer Selbstwirksamkeit bieten. Zivilgesellschaftlich-politisch und/oder in Vereinen engagierte Menschen stimmen stärker demokratischen Werten und dialog- und kompromissorientierten Modi der Konfliktbearbeitung zu. Eine Stärkung der von vielen gewünschten Beteiligung, Partizipation, Mitbestimmung und Stärkung des Engagements ist notwendig wie möglich, um Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können.¹⁵ Das Potenzial dazu ist vorhanden, wie der von vielen Befragten geäußerte Wunsch nach mehr Beteiligung an Konfliktlösungen zeigt. Dies stellt Politik zugleich vor eine große Herausforderung. Einerseits soll sie angesichts wahrgenommener Krisenkonstellationen schnell „liefern“, andererseits aber auch dem Wunsch nach Berücksichtigung und Beteiligung gerecht werden. Insgesamt sehen Bürger*innen in den gegenwärtigen Konflikten eher Belastungen als Chancen. Aktuelle gesellschaftliche Konflikte werden – trotz einer prinzipiellen Akzeptanz von Konflikten als Teil demokratischer Prozesse – kaum als Chancen wahrgenommen. Das wirkt sich umso negativer aus, wenn sich langfristig autoritäre Regierungsmodelle durchsetzen, weil sie die für die Demokratie so notwendige Konfliktfähigkeit fürchten und schwächen.

¹² Zwischen politisch-zivilgesellschaftlichen und Nicht-Engagierten bestehen keine signifikanten Unterschiede. Engagierte in Sportvereinen sind gerade noch signifikant skeptischer ($p < 0,05$), allerdings bei einer sehr kleinen Effektstärke (Cohen's $d = 0,1$)

¹³ Siehe hierzu vertiefend das erste Spotlight aus dem Konfliktmonitor (Zick et al. 2025).

¹⁴ Siehe hierzu auch den in Bälde erscheinenden Datenreport zur ersten Welle des Konfliktmonitors.

¹⁵ ebd.

Der Bericht basiert auf Daten einer Online-Befragung (Online-Access-Panel) von 2.900 volljährigen Deutschen.

Die Erhebung fand vom 21. November bis 12. Dezember 2024 statt. Die Studie wurde durchgeführt von der ConflictA – Konfliktakademie der Universität Bielefeld in Kooperation mit dem SOKO Institut für Sozialforschung & Kommunikation. Zur An-

Methodik

näherung an die Repräsentativität wurden die Analysen gewichtet. Die Umfrage basiert sowohl auf offenen Fragen, bei denen die Befragten ihre Antwort schriftlich hinterlassen konnten (z.B. „Welches ist Ihrer Meinung nach aktuell der wichtigste gesellschaftliche Konflikt in Deutschland?“), als auch auf üblichen geschlossenen Formaten mit festen Antwortoptionen für alle Befragten, bei denen Aussagen vorgegeben wurden und die Befragten anhand von Skalen den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung abstufen konnten (z.B. „Konflikte sind in einer demokratischen Gesellschaft etwas völlig Normales und gehören zu einer funktionierenden Gesellschaft dazu“ – „stimme überhaupt nicht zu, stimme eher nicht zu, teils/teils, stimme eher zu, stimme voll und ganz zu“). Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym. Der Konfliktmonitor ist so angelegt, dass die Befragung wiederholt und zu einer Langzeitbeobachtung ausgebaut wird. Weitere vertiefende Analysen der Daten folgen.

Hinweis: Zur Vereinfachung der Darstellung wurden die Prozentangaben in den Abbildungen gerundet. Daher kann es vorkommen, dass die Summe der gerundeten Zahlen nicht exakt 100 % beträgt.

An der Befragung haben 57,2 % Männer und 42,8 % Frauen teilgenommen.

Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 51,7 Jahren (Standardabweichung = 17,00). Rund ein Fünftel der Stichprobe war unter 35 Jahre alt (20,7 %), mehr als ein Viertel über 65 Jahre alt (27,9 %). Die Mehrheit der Befragten hatte eine Fachhochschul- oder Hochschulreife (53,2 %), etwa ein Viertel einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss (26,4 %). Knapp 10 % verfügten über einen Volks- und Hauptschulabschluss (9,6 %) oder keinen Abschluss (0,3 %). 55,1 % der befragten Personen hatten ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 €. 10,6 % der Teilnehmenden hatten einen Migrationshintergrund, entweder weil sie selbst zugewandert waren oder weil mindestens ein Elternteil eine Zuwanderungsgeschichte hatte. Durch eine Gewichtung werden die Daten der Verteilung der Merkmale Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Migrationshintergrund in der erwachsenen deutschen Wohnbevölkerung angenähert.

Stichprobenbeschreibung

Impressum

Herausgeber

ConflictA im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Kontakt: <https://conflict-a.de/kontakt/>

Die Reihe „ConflictA-Spotlights“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über: <https://www.conflict-a.de>

Zitiervorschlag:

Zick, Andreas, Lampe, Dirk, Nowak, Anna Christina, Rees, Jonas, und Skolarski, Stephan. 2025. *Zwischen Konfliktpessimismus und Engagement – Zweiter Bericht aus dem Konfliktmonitor zur Konfliktwahrnehmung in der Bevölkerung*. ConflictA-Spotlights. Bielefeld: Universität Bielefeld, ConflictA. <https://doi.org/10.4119/unibi/3015745>



Soweit nicht anders angegeben, wird diese Publikation unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA) veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> und <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages